Antrag

der Abg. Sascha Binder und Klaus Ranger u. a. SPD

und

Stellungnahme

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Notstromversorgung der kritischen Infrastruktur in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche der kritischen Infrastrukturen in Baden-Württemberg nach Kenntnis der Landesregierung derzeit über eine Notstromversorgung für mindestens 72 Stunden und Netzersatzanlagen verfügen, bitte aufgeschlüsselt insbesondere nach folgenden Sektoren: Sicherheitsbehörden, unter gesonderter Darstellung der Versorgungslage insbesondere im Landesamt für Verfassungsschutz, dem Landeskriminalamt, in den einzelnen regionalen Polizeipräsidien, Polizeidirektionen sowie Polizeirevierern, dem Polizeipräsidium Einsatz und den Bereitschaftsdirektionen sowie dem Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei; den Integrierten Leitstellen der Rettungsdienste; der Justiz, unter gesonderter Darstellung der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und einzelnen Justizvollzugsanstalten; der Wasser- und Abwasserversorgung sowie der Kommunalverwaltung unter Darstellung der einzelnen Landratsämter sowie Gemeindeverwaltungen;
2. inwieweit die Netzersatzanlagen jeweils voll funktionsfähig sind, unter Darstellung des Baujahrs und des Lebenszyklus, der regelmäßigen Wartungs- und Testabstände sowie der jeweils letzten Wartung und Testung;
3. inwiefern die Landesregierung eine Förderung für die Nachrüstung oder Erweiterung von Notstromkapazitäten in kritischen Infrastrukturen plant;
4. ob und in welcher Weise die Landesregierung den für die im Notbetrieb fortzuführenden Aufgaben notwendigen Energiebedarf und die hierfür erforderliche Infrastruktur ermittelt und inwiefern sie dabei den Ausfall des öffentlichen Stromnetzes berücksichtigt hat, differenziert nach den Sektoren im Sinne der Ziffer 1;
5. welche Maßnahmen die Landesregierung plant, um Betreiber kritischer Infrastrukturen bei der Umsetzung der 72-Stunden-Empfehlung für die Notstromversorgung zu unterstützen;

Eingegangen: 8.4.2025 / Ausgegeben: 9.5.2025

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

6. wie viele Stromausfälle es in den letzten beiden Jahren bei den Sicherheitsbehörden gab, differenziert nach den Sektoren im Sinne der Ziffer 1;
7. welche Auswirkungen die Stromausfälle auf die Funktionsfähigkeit der jeweils betroffenen Behörden hatten, unter Darstellung der konkreten Auswirkungen auf den Arbeitsbetrieb, die Datensicherheit sowie die Auswirkungen auf andere technische Geräte und die IT-Infrastruktur;
8. welche Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Mitarbeiter in kritischen Infrastrukturen bezüglich des korrekten Umgangs mit Notstromversorgungen bestehen und wie die Landesregierung diese bewertet;
9. wie die Landesregierung die Zusammenarbeit zwischen Betreibern kritischer Infrastrukturen und lokalen Energieversorgern zur Schaffung von Inselnetzen im Krisenfall unterstützen will;
10. welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, den Einsatz erneuerbarer Energien und Speichertechnologien für die Notstromversorgung zu fördern;
11. welche Pläne es gibt, um die Kraftstoffversorgung für Netzersatzanlagen im Krisenfall landesweit zu koordinieren und sicherzustellen, differenziert nach den Sektoren im Sinne der Ziffer 1 und unter Berücksichtigung privater Bedarfe;
12. welche verbindlichen Standards für die Notstromversorgung in kritischen Infrastrukturen bestehen und inwiefern die Landesregierung plant, darüber hinausgehende festzulegen;
13. wie die Landesregierung die Resilienz der Notstromversorgung gegenüber Cyberangriffen in kritischen Infrastrukturen stärken will.

8.4.2025

Binder, Ranger, Hoffmann, Dr. Weirauch, Weber SPD

Begründung

Eine zuverlässige Notstromversorgung ist für die Aufrechterhaltung kritischer Infrastrukturen im Krisenfall von entscheidender Bedeutung. Der Leitfaden des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gibt wichtige Empfehlungen, deren Umsetzung und Weiterentwicklung auf Landesebene geprüft werden sollte. Mit diesem Antrag soll eruiert werden, welche Maßnahmen die Landesregierung plant, um die Notstromversorgung kritischer Infrastrukturen in Baden-Württemberg zukunftssicher zu gestalten und deren Resilienz zu erhöhen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 30. April 2025 Nr. IM6-1441-45/16/5 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium, dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration, dem Ministerium der Justiz und für Migration, dem Ministerium für Verkehr, dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und dem Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. welche der kritischen Infrastrukturen in Baden-Württemberg nach Kenntnis der Landesregierung derzeit über eine Notstromversorgung für mindestens 72 Stunden und Netzersatzanlagen verfügen, bitte aufgeschlüsselt insbesondere nach folgenden Sektoren: Sicherheitsbehörden, unter gesonderter Darstellung der Versorgungslage insbesondere im Landesamt für Verfassungsschutz, dem Landeskriminalamt, in den einzelnen regionalen Polizeipräsidien, Polizeidirektionen sowie Polizeirevieren, dem Polizeipräsidium Einsatz und den Bereitschaftsdirektionen sowie dem Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei; den Integrierten Leitstellen der Rettungsdienste; der Justiz, unter gesonderter Darstellung der Gerichte, der Staatsanwaltschaften und einzelnen Justizvollzugsanstalten; der Wasser- und Abwasserversorgung sowie der Kommunalverwaltung unter Darstellung der einzelnen Landratsämter sowie Gemeindeverwaltungen;*
- 2. inwieweit die Netzersatzanlagen jeweils voll funktionsfähig sind, unter Darstellung des Baujahrs und des Lebenszyklus, der regelmäßigen Wartungs- und Testabstände sowie der jeweils letzten Wartung und Testung;*
- 4. ob und in welcher Weise die Landesregierung den für die im Notbetrieb fortzuführenden Aufgaben notwendigen Energiebedarf und die hierfür erforderliche Infrastruktur ermittelt und inwiefern sie dabei den Ausfall des öffentlichen Stromnetzes berücksichtigt hat, differenziert nach den Sektoren im Sinne der Ziffer 1;*
- 8. welche Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Mitarbeiter in kritischen Infrastrukturen bezüglich des korrekten Umgangs mit Notstromversorgungen bestehen und wie die Landesregierung diese bewertet;*

Zu 1., 2., 4. und 8.:

Zu den Ziffern 1, 2, 4 und 8 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) definiert KRITIS als Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Im Sinne dieser Definition zählen in Baden-Württemberg Organisationen und Einrichtungen aus den Sektoren Energie, Ernährung, Finanz- und Versicherungswesen, Gesundheit, Informationstechnik und Telekommunikation, Siedlungsabfallentsorgung, Medien und Kultur, Staat und Verwaltung, Transport und Verkehr sowie Wasser zu den KRITIS. Die einzelnen KRITIS-Sektoren können weiter in Branchen unterteilt werden. Im Fall des Sektors „Staat und Verwaltung“ sind dies Parlament (Legislative), Regierung

und Verwaltung (Exekutive), Judikative und Justizeinrichtungen, Notfall- und Rettungswesen (einschließlich Katastrophenschutz). Innerhalb der genannten Sektoren und Branchen erbringen die KRITIS-Betreiber sogenannte „kritische Dienstleistungen“.

Die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit von KRITIS ist Aufgabe der jeweiligen Betreiber. Ihnen obliegt es, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die von ihnen erbrachten kritischen Dienstleistungen – beispielsweise auch im Falle eines Ausfalls der öffentlichen Stromversorgung – aufrecht erhalten zu können. Dies umfasst auch die Qualifizierung und regelmäßige Schulung der Beschäftigten, um bei einer Störung adäquat reagieren und vorhandene Einrichtungen, etwa eine Netzersatzanlage (NEA), soweit erforderlich bedienen zu können.

In der Regel ist es nicht notwendig, die Funktionsfähigkeit eines gesamten Unternehmens beziehungsweise einer gesamten Behörde sicherzustellen, sondern nur der Bereiche, die für die Erbringung der jeweiligen kritischen Dienstleistungen erforderlich sind. In der Landesverwaltung werden Anforderungen zu NEA und ähnlichen Maßnahmen in der Regel entsprechend der jeweiligen Aufgaben auf Ebene der Dienststellen in Form von Nutzungsanforderungen definiert und umgesetzt. Ebenso erfolgen Wartung und Betrieb der NEA typischerweise durch die jeweils zuständigen Organisationsbereiche beziehungsweise technischen Dienste der einzelnen Dienststellen.

Eine umfassende Übersicht der in der Landesverwaltung, in den Kommunalverwaltungen und bei KRITIS-Unternehmen, -Einrichtungen und -Organisationen vorhandenen NEA im Sinne der Fragestellungen wird nicht geführt. Eine gesonderte Erhebung bei allen KRITIS in Baden-Württemberg wäre mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden und innerhalb der für die Beantwortung von parlamentarischen Anträgen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

Darüber hinaus könnte eine Veröffentlichung von Übersichtslisten von KRITIS-Standorten und weiteren Details wie dort vorgehaltenen NEA die Sicherheit dieser Einrichtungen gefährden. Vor diesem Hintergrund und nach sorgfältiger Abwägung zwischen dem verfassungsrechtlich zu gewährleistenden Informationsinteresse des Landtags und dem öffentlichen Interesse an der Geheimhaltung wird zu den Ziffern 1, 2, 4 und 8 wie folgt Stellung genommen:

Sektor Staat und Verwaltung:

Die Errichtung und der Betrieb der NEA für Landesgebäude erfolgt bedarfsabhängig gemäß konkreter Nutzungsanforderungen. Grundlage sind relevante Normen, Technische Regeln und Rechtsvorschriften sowie ergänzende Vorgaben für den Landesbau. Insbesondere wird verwiesen auf die für den Landesbau eingeführte Empfehlung des Arbeitskreises Maschinen- und Elektrotechnik staatlicher und kommunaler Verwaltungen (AMEV) Ersatzstrom – Hinweise für Planung, Bau und Betrieb von Sicherheits-, Ersatz- und Notstromversorgungsanlagen in öffentlichen Gebäuden. Leistungs- und Energiebilanzen werden im Rahmen der Planung entsprechend der spezifischen Anforderungen erstellt.

Die Gebäude werden auf Grundlage der Verwaltungsvorschrift über die Bereitstellung und Bewirtschaftung von Dienstgebäuden, Diensträumen und Dienstgrundstücken (VwV Liegenschaften) übergeben. Der Betrieb der technischen Anlagen erfolgt in der Zuständigkeit der nutzenden Verwaltung. Im Rahmen der Übergabe erfolgt eine umfangreiche Einweisung des Betriebspersonals in die technischen Anlagen der Gebäude. Die mit der Wartung beauftragten Fachfirmen unterstützen das Betriebspersonal bei den in Zusammenhang mit dem Betrieb entstehenden Aufgaben wie Bedienung, Probeläufe und Inspektion. Bedarfsabhängig können ergänzende Schulungen angeboten werden.

Bei NEA in Gebäuden des Landes werden Wartungsverträge und dazugehörige Arbeitskarten gemäß den Vorgaben und Empfehlungen des AMEV abgeschlossen. Die Wartungen und Inspektionen werden gemäß den Arbeitskarten von den beauftragten Wartungsunternehmen grundsätzlich ein- bis zweimal jährlich durchgeführt. Entsprechend den Vorgaben für Landesliegenschaften und den Technischen Regeln des Verbandes der Elektrotechnik (VDE) werden ergänzend monatliche Probeläufe der NEA durchgeführt.

Landesamt für Verfassungsschutz:

Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) verfügt zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs im Falle eines Stromausfalls über eine NEA. Eine zweite NEA befindet sich derzeit noch im Aufbau. Beide NEA sind nach vollständiger Inbetriebnahme in der Lage, eine Notstromversorgung für mindestens 72 Stunden aufrecht zu erhalten. Danach ist eine Befüllung der Treibstofftanks erforderlich.

Landespolizei:

Auf Grundlage der Landesrichtlinien für den Bau von Polizeigebäuden in Baden-Württemberg (LRL-P) – Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch – werden relevante Gebäude mit NEA zur Aufrechterhaltung der Versorgung elektrischer Verbraucher für mindestens 72 Stunden ausgestattet. Innerhalb der LRL-P werden für besondere Räume und Bereiche Ausstattungs- und Planungshinweise definiert. Derzeit befindet sich ein Ausstattungs- und Planungshinweis für NEA in Bearbeitung mit den für die Verwaltung von Landesliegenschaften zuständigen Stellen.

Grundsätzlich verfügen alle polizeilichen Liegenschaften, in welchen Einheiten mit durchgehender Einsatzverfügbarkeit (sogenannte 24/7-Einheiten) untergebracht sind, über eine NEA mit einer Notstromversorgung für mindestens 72 Stunden. Hierunter sind beispielsweise die Liegenschaften subsumiert, in welchen die Polizeireviere oder die Führungs- und Lagezentren bei den regionalen Polizeipräsidien, dem Polizeipräsidium Einsatz oder dem Landeskriminalamt Baden-Württemberg untergebracht sind. Darüber hinaus sind weitere polizeiliche Liegenschaften von besonderer Bedeutung, wie beispielsweise einzelne Liegenschaften der Bereitschaftspolizeidirektionen oder der Polizeihubschrauberstaffel des Polizeipräsidiums Einsatz sowie neuralgische Standorte des Präsidiums Technik, Logistik, Service der Polizei, mit NEA ausgestattet.

Ebenso verfügen bestimmte Standorte des Digitalfunks der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben über eine Notstromversorgung.

Justiz:

Informationen zu den Sicherheitskonzepten und Sicherheitseinrichtungen der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten sind sensible Daten; sie sind nicht zur Veröffentlichung bestimmt und können daher nicht herausgegeben werden. Grundsätzlich kann mitgeteilt werden, dass im Rahmen der Krisenvorsorge – unter anderem im Hinblick auf die vergangene Energiekrise – Konzepte bzw. Maßnahmen bestehen, die auch die Krisenfestigkeit bei der Energieversorgung im Blick haben

Allgemein kann mitgeteilt werden, dass alle großen Justizvollzugsanstalten mit NEA gemäß den Landesrichtlinien für den Bau von Vollzugsanstalten in Baden-Württemberg ausgestattet sind.

Rechenzentren der Landesverwaltung:

Das Rechenzentrum der BITBW als zentraler IT-Dienstleisterin der Landesverwaltung und das Rechenzentrum der Steuerverwaltung verfügen jeweils über eine NEA, die einen Notstrombetrieb von über 72 Stunden ohne Nachtanken gewährleistet.

Rettungsdienst:

Nach den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift über die Förderung von Rettungswachen ist in jeder Rettungswache die Aufrechterhaltung der funktechnischen Erreichbarkeit zu gewährleisten sowie eine Notbeleuchtung vorzuhalten. Für die Rettungswache ist zur dauerhaften Sicherstellung der Einsatzfähigkeit eine Einspeisemöglichkeit für ein mobiles Notstromaggregat oder eine stationäre NEA vorzusehen. Zusätzlich zur Notstromversorgung muss zur Überbrückung eine unterbrechungsfreie Stromversorgung vorgesehen werden, welche die für den Betrieb des Gebäudes wichtigen Einrichtungen sicherstellt.

KRITIS-Sektor Gesundheit:

Es existieren für verschiedene Betriebsbereiche von Krankenhäusern gesetzliche und untergesetzliche Regelungen sowie Normen, die die Funktions- und Hand-

lungsfähigkeit für definierte Zeiträume sicherstellen, so auch zum Thema Energieversorgung.

Für die Energieversorgung gelten Normen wie die DIN VDE 0107 (Sicherheit von Anlagen in medizinisch genutzten Bereichen) und die DIN EN 50171 (Zentrale Stromversorgungssysteme). Diese schreiben vor, dass durch Notstrom ein sicherer Betrieb von mindestens 24 Stunden gewährleistet sein muss.

Für die landeseigenen Universitätsklinika erfolgt die Sicherheitsstromversorgung gemäß den geltenden Normen, Technischen Regeln und Rechtsvorschriften für medizinisch genutzte Bereiche. Die Universitätsklinika Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm verfügen jeweils über NEA, die auf eine Mindestlaufzeit von 72 Stunden ausgelegt sind.

KRITIS-Sektor Wasser:

Wasserversorgungsunternehmen und Kommunen haben in den letzten Jahren deutlich in die Beschaffung von Notstromaggregaten investiert, auch gefördert durch den Bund (Förderung resilienter Wasserversorgung auf Grundlage des Wasserversicherungsgesetzes), sodass die Wasserversorgung noch nicht flächendeckend, aber für wenige Tage relativ gut abgesichert wäre. Daten zu allen etwa 1 300 Wasserversorgern liegen der Landesregierung nicht vor. Beim derzeit laufenden Projekt Masterplan Wasserversorgung wird als Nebenaspekt mit einem Fragebogen zur Organisation der Wasserversorgung danach gefragt, ob Notstromaggregate vorhanden sind – auch um die Betreiber für das Thema zu sensibilisieren. Eine erste Auswertung der mittels Selbstauskunft erhobenen Daten zeigt, dass von ca. 440 Betreibern rund 55 % angegeben haben, ein Notstromaggregat sei vorhanden oder ein Handbetrieb möglich.

3. inwiefern die Landesregierung eine Förderung für die Nachrüstung oder Erweiterung von Notstromkapazitäten in kritischen Infrastrukturen plant;

5. welche Maßnahmen die Landesregierung plant, um Betreiber kritischer Infrastrukturen bei der Umsetzung der 72-Stunden-Empfehlung für die Notstromversorgung zu unterstützen;

Zu 3. und 5.:

Zu den Ziffern 3 und 5 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen. Folgende Fördermöglichkeiten sind bereits vorhanden:

Feuerwehren:

Nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über Zuwendungen für das Feuerwehrewesen können NEA in Feuerwehrräumen gefördert werden, die den Empfehlungen für die Ersatzstromversorgung von Feuerwehrräumen und weiteren konkret vorgegebenen Anforderungen entsprechen. Eine Anforderung ist, dass für die NEA eine ausreichende Kraftstoffmenge für einen 72-stündigen Betrieb unter Volllast vorzuhalten sowie ein Versorgungskonzept für die Kraftstoffversorgung der NEA zu erstellen ist.

Rettungsdienst:

Die Kosten der Beschaffung einer Notstromversorgung sind im Rahmen der Förderung der Erstausrüstung von der Förderungsfähigkeit der Rettungsdienstförderung umfasst.

Krankenhäuser:

In der Investitionsförderung der Krankenhausfinanzierung werden die sogenannten Ersatznetz- oder Notstromanlagen als förderfähig eingestuft, soweit sie für den stationären Bereich erforderlich und angemessen sind.

Eine allgemeine Förderung für die Nachrüstung oder Erweiterung von Notstromkapazitäten in kritischen Infrastrukturen ist seitens der Landesregierung derzeit nicht geplant. Die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit von KRITIS obliegt dem jeweiligen Betreiber.

6. wie viele Stromausfälle es in den letzten beiden Jahren bei den Sicherheitsbehörden gab, differenziert nach den Sektoren im Sinne der Ziffer 1;
7. welche Auswirkungen die Stromausfälle auf die Funktionsfähigkeit der jeweils betroffenen Behörden hatten, unter Darstellung der konkreten Auswirkungen auf den Arbeitsbetrieb, die Datensicherheit sowie die Auswirkungen auf andere technische Geräte und die IT-Infrastruktur;

Zu 6. und 7.:

Zu den Ziffern 6 und 7 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Landesamt für Verfassungsschutz:

In einem der Dienstgebäude des LfV kam es im Jahr 2023 zu einem Stromausfall. Auswirkungen auf die Datensicherheit, andere technische Geräte und die IT-Infrastruktur gab es nicht.

Landespolizei:

Dienststelle/Einrichtung der Polizei	Organisationseinheit	Anzahl Stromausfälle
LKA		2
Hochschule für Polizei BW (alle Standorte)		14
Präsidium Technik, Logistik und Service der Polizei		keine
Polizeipräsidium Einsatz		keine
Polizeipräsidium Aalen	Polizeirevier Schwäbisch Gmünd	3
	Polizeirevier Winnenden	1
	Polizeirevier Backnang	2
	Polizeirevier Fellbach	3
	Verkehrspolizeiinspektion Kirchberg	2
Polizeipräsidium Freiburg	Keine Statistik	unbekannt
Polizeipräsidium Heilbronn	Polizeirevier Bad Mergentheim	1
	Polizeirevier Eppingen	1
	Polizeirevier Heilbronn-Böckingen	3
	Polizeirevier Künzelsau	1
	Polizeirevier Lauffen	2
	Polizeirevier Öhringen	2
	Polizeirevier Weinsberg	4
	Polizeirevier Wertheim	1
Verkehrspolizeiinspektion	4	
Polizeipräsidium Karlsruhe	Liegenschaft Alte Weingartener Straße, Karlsruhe	5
	Polizeirevier Bad-Schönborn	6
	Polizeirevier Bretten	3
	Polizeirevier Ettlingen	1
	Polizeirevier Karlsruhe-Waldstadt	3
	Polizeirevier Philippsburg	2
	Kriminalpolizeidirektion	1

Dienststelle/Einrichtung der Polizei	Organisationseinheit	Anzahl Stromausfälle
Polizeipräsidium Konstanz	Polizeipräsidiumsgebäude	3
	Kriminalpolizeidirektion, Polizeirevier Rottweil	1
	Polizeirevier Oberndorf	1
	Polizeirevier St. Georgen	1
Polizeipräsidium Ludwigsburg	Polizeipräsidiumsgebäude	2
	Polizeirevier Marbach	4
	Polizeirevier Bietigheim-Bissingen	1
	Polizeirevier Ludwigsburg	1
	Polizeirevier Vaihingen	2
	Polizeirevier Herrenberg	2
	Polizeirevier Sindelfingen	2
	Polizeirevier Böblingen	1
	Polizeirevier Kornwestheim	1
	Polizeirevier Leonberg	5
	Verkehrspolizeidirektion Stuttgart-Vaihingen	5
	Polizeipräsidium Mannheim	Polizeipräsidiumsgebäude
Kriminalpolizeidirektion/ Verkehrsdienst Heidelberg (gemeinsamer Standort)		2
Liegenschaft Hochuferstraße, Mannheim		1
Polizeirevier Heidelberg-Nord		2
Polizeirevier Ladenburg		3
Polizeirevier Mannheim-Innenstadt		3
Polizeirevier Mannheim-Käfertal		3
Polizeirevier Mannheim-Neckarau		4
Polizeirevier Mannheim-Sandhofen		1
Polizeirevier Schwetzingen		2
Polizeirevier Sinsheim		7
Polizeirevier Wiesloch		1
Polizeihundeführerstaffel Mannheim	1	
Polizeipräsidium Offenburg	Polizeirevier Achern	7
	Polizeirevier Gaggenau	2
	Polizeirevier Kehl	1
	Polizeirevier Lahr	2
	Polizeirevier Rastatt/ Kriminalkommissariat Rastatt (gemeinsamer Standort)	4
	Verkehrsdienst Außenstelle Bühl	2

Dienststelle/Einrichtung der Polizei	Organisationseinheit	Anzahl Stromausfälle
Polizeipräsidium Pforzheim	Kriminalkommissariat Pforzheim, Kriminaldauerdienst	2
	Kriminalpolizeidirektion Calw	1
	Polizeirevier Pforzheim-Nord	2
	Polizeirevier Pforzheim-Süd	1
	Verkehrspolizeiinspektion, Verkehrsgruppe BAB	1
Polizeipräsidium Reutlingen	Polizeirevier Albstadt	3
	Polizeirevier Hechingen	8
	Polizeirevier Tübingen	10
	Polizeirevier Rottenburg	2
	Polizeirevier Metzingen	1
	Polizeirevier Pfullingen	2
	Polizeirevier Münsingen	2
	Polizeirevier Nürtingen	3
	Polizeirevier Kirchheim unter Teck	6
Polizeipräsidium Ravensburg	Polizeipräsidiumsgebäude	1
	Polizeirevier Ravensburg	1
	Polizeirevier Wangen	1
	Polizeirevier Leutkirch	1
	Verkehrsdienst Kisslegg	1
	Polizeirevier Sigmaringen	1
Polizeipräsidium Stuttgart	Polizeipräsidiumsgebäude	5
	Polizeirevier 4	1
	Polizeirevier 8	3
Polizeipräsidium Ulm	Polizeirevier Eislingen	1
	Polizeirevier Geislingen und Gewerbe/Umwelt	5
	Polizeirevier Giengen	1
	Polizeirevier Heidenheim	1
	Polizeirevier Riedlingen	3
	Polizeirevier Ulm-Mitte	5
	Polizeirevier Ulm-West	2
Polizeihundeführerstaffel	1	

Die Auswirkungen wurden von den vorhandenen Netzersatzanlagen oder unterbrechungsfreien Stromversorgungsanlagen kompensiert, sodass es zu keinem Zeitpunkt zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Dienstbetriebes kam. Die Funktionsfähigkeit der Einheiten mit durchgehender Einsatzverfügbarkeit (sogenannte 24/7-Einheiten) war jederzeit sichergestellt.

9. wie die Landesregierung die Zusammenarbeit zwischen Betreibern kritischer Infrastrukturen und lokalen Energieversorgern zur Schaffung von Inselnetzen im Krisenfall unterstützen will;

Zu 9.:

Die Notstromversorgung obliegt den Betreibern kritischer Infrastrukturen – auf die Stellungnahme zu Ziffer 1 wird verwiesen. Es liegen der Landesregierung keine Informationen vor, inwieweit es vor Ort Überlegungen zur Schaffung von Inselnetzen im Krisenfall gibt. Bei solchen Überlegungen wären die zuständigen Verteilnetzbetreiber einzubeziehen.

10. welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, den Einsatz erneuerbarer Energien und Speichertechnologien für die Notstromversorgung zu fördern;

Zu 10.:

Für den Bereich der NEA sind ausgehend von den Sicherheitsanforderungen die Einsatzmöglichkeiten für erneuerbare Energien eingeschränkt. In kleineren Leistungsbereichen ist der Einsatz von Batterieanlagen vielfach machbar, die mit Ökostrom zum Beispiel aus Photovoltaik-Anlagen versorgt werden können. Ergänzend können auch Brennstoffzellen als NEA genutzt werden. In diesem Zusammenhang ist auf das realisierte Pilotprojekt im BOS-Digitalfunk hinzuweisen, bei dem über 30 Funkstandorte mit wasserstoffbasierten Brennstoffzellen zur Notstromversorgung ausgestattet wurden.

Zum konkreten Einsatz erneuerbarer Energien und Speichertechnologien für die Notstromversorgung außerhalb der Landesverwaltung liegen der Landesregierung derzeit keine Informationen vor.

11. welche Pläne es gibt, um die Kraftstoffversorgung für Netzersatzanlagen im Krisenfall landesweit zu koordinieren und sicherzustellen, differenziert nach den Sektoren im Sinne der Ziffer 1 und unter Berücksichtigung privater Bedarfe;

Zu 11.:

Um die Arbeitsfähigkeit zentraler Teile der Landesverwaltung bei einem Stromausfall sicherzustellen, hat das Land Baden-Württemberg einen Rahmenvertrag mit einem externen Kraftstofflieferanten abgeschlossen. Der Vertrag regelt die Konditionen für die Belieferung der vertragsbeteiligten Landesbehörden mit Kraftstoff für deren NEA, um den Notstrombetrieb aufrechtzuerhalten. Eine darüber hinausgehende, explizite landesweite Koordination der Kraftstoffversorgung für alle in Ziffer 1 genannten Sektoren ist nicht Gegenstand dieses speziellen Rahmenvertrags.

Die dargestellten Planungen und der Rahmenvertrag beziehen sich ausschließlich auf die Bedarfe der vertragsschließenden beziehungsweise beigetretenen staatlichen Stellen. Private Bedarfe sind hiervon nicht erfasst.

Innerhalb des Internationalen Energieprogramms (IEP) zur Krisenvorsorge arbeitet das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bei der Anwendung des Internationalen Energieprogramms und des Energiesicherungsgesetzes im Rahmen der National Emergency Strategy Organisation (NESO) eng mit der Mineralölwirtschaft, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und dem Erdölbevorratungsverband (EBV) zusammen.

Der EBV hat die gesetzliche Aufgabe, für den Fall von Versorgungsstörungen ständig Bestände an Erdöl und Erdölerzeugnissen in der Höhe vorzuhalten, die mindestens den täglichen Durchschnittsnettoeinfuhren im Geltungsbereich des ErdölBevG für 90 Tage bezogen auf die letzten vor dem Bevorratungszeitraum liegenden drei Kalenderjahre entsprechen.

Zur Lagerung seiner Bestände schließt der EBV mit Vertragspartnern aus der Tanklager- und Mineralölwirtschaft Verträge über die Bereitstellung von Tankraum und

Delegationen ab. Zurzeit werden vom EBV circa 24 Millionen Tonnen Erdöl und Erdölzerzeugnisse bevorratet. In Abhängigkeit der Krisenursache bestehen nach dem Energiesicherungsgesetz beziehungsweise dem Wirtschaftssicherungsgesetz Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung, welche die Bundesregierung durch Rechtsverordnung erlassen kann.

Darüber hinaus obliegt die Versorgung mit Kraftstoff für NEA im Grundsatz den KRITIS-Betreibern – auf die Stellungnahme zu Ziffer 1 wird verwiesen.

12. welche verbindlichen Standards für die Notstromversorgung in kritischen Infrastrukturen bestehen und inwiefern die Landesregierung plant, darüber hinausgehende festzulegen;

Zu 12.:

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat einen Leitfaden „Notstromversorgung in Unternehmen und Behörden“ für die Planung, die Einrichtung und den Betrieb einer Notstromversorgung in Unternehmen und Behörden vorgelegt (der Leitfaden ist abrufbar unter: https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/PiB/PiB-13-notstromversorgung-unternehmen-behoerden.pdf?__blob=publicationFile&v=8). Der Leitfaden wurde 2023 gemeinsam mit dem Arbeitskreis 261.0.3a „Microgrids – Einspeisung Netzinsel“ der Deutschen Kommission Elektrotechnik (DKE) überarbeitet und in der DKE kommentiert. Für die Notstromversorgung in kritischen Infrastrukturen empfiehlt das BBK einen Zeitraum von 72 Stunden, ohne dass Treibstoff nachgeführt werden muss.

Für den Bereich der Landesliegenschaften wird auf die Stellungnahme zu Ziffer 1 verwiesen.

Für die von den Stadt- und Landkreisen für die Alarmierung der Feuerwehren betriebenen Alarmierungsnetze schreibt die Technische Richtlinie BOS vor, dass digitale Alarmumsetzer bei Stromausfall über Akkus mindestens 12 Stunden lang betriebsbereit bleiben. Für eine Initial-Alarmierung der Einsatzkräfte der Feuerwehren ist dies ausreichend, da danach in der Regel eine abgestimmte Schichtenteilung in Präsenz im Feuerwehrhaus erfolgt.

Über die bestehenden Regelungen hinausgehende, allgemeine Vorgaben zur Notstromversorgung von KRITIS im Sinne der Stellungnahme zu Ziffer 1, sind seitens der Landesregierung nicht geplant.

13. wie die Landesregierung die Resilienz der Notstromversorgung gegenüber Cyberangriffen in kritischen Infrastrukturen stärken will.

Zu 13.:

Gemäß dem gesetzlichen Auftrag bearbeitet die Cyberabwehr des LfV Cyberangriffe mit nachrichtendienstlichem beziehungsweise staatlichem Hintergrund.

Hierunter fallen auch Cybersabotageangriffe auf KRITIS und deren Notstromversorgung. Cybersabotageangriffen gehen häufig Cyberspionageangriffe voraus, da die Angreifer meist versuchen, Schwachstellen im IT-System zu entdecken, um diese anschließend unerkannt auszunutzen.

Die Cyberabwehr des LfV sensibilisiert vielfach im Zusammenwirken mit dem Behörden- und Wirtschaftsschutz des LfV KRITIS-Einrichtungen in Baden-Württemberg im Rahmen eines ganzheitlichen und umfassenden Beratungskonzepts. Diese Beratungen sind individuell auf die Bedürfnisse der jeweiligen Stelle angepasst und können dabei spezielle Hinweise zur Verbesserung der Informationssicherheit in Bezug auf nachrichtendienstlich gesteuerte Cybersabotage- und -spionageangriffe ebenso wie einzelfall- und objektbezogene materielle (bauliche, mechanische, elektrotechnische, organisatorische) Sicherheitsmaßnahmen umfassen. Hierdurch ist bereits heute eine bestmögliche Prävention vor Cyberangriffen mit staatlichem Hintergrund gewährleistet. Ziel ist, materielle wie immaterielle Schadensfolgen zu verhindern, jedenfalls aber zu minimieren.

Die Cybersicherheitsagentur des Landes (CSBW) ist nach den Vorgaben des Cybersicherheitsgesetzes Baden-Württemberg zentrale Kontaktstelle des Landes nach § 8b des Gesetzes über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI-Gesetz). In dieser Funktion ist sie zuständig für die Unterrichtung der zuständigen Aufsichtsbehörden, obersten Landesbehörden sowie der im Innenministerium Baden-Württemberg angesiedelten Koordinierungsstelle Kritische Infrastrukturen über die Informationen, die die CSBW vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erhält. Die CSBW bietet überdies konkrete Angebote zur Unterstützung sowohl im Bereich der Prävention als auch im Bereich der Reaktion und Detektion. Für KRITIS-Betreiber in öffentlicher Hand steht das gesamte Angebotsportfolio der CSBW zur Verfügung. Zudem können Unternehmen die Warnmeldungen und Handlungsempfehlungen des Warn- und Informationsdienstes der CSBW beziehen. Über ihr Cyber-Monitoring beobachtet die CSBW öffentlich verfügbare Quellen ebenso wie das Darknet auf Indikatoren zu bevorstehenden oder erfolgten Cyberangriffen. Ergeben sich hieraus Hinweise auf gefährdete oder geschädigte Unternehmen in Baden-Württemberg, warnt die CSBW die Unternehmen direkt.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen